

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

EISERNER VORHANG AN DER BERLINER SEKTORENGRENZE

«Wir können und wollen es nicht zulassen, daß die Kommunisten uns stufenweise oder mit Gewalt aus Berlin verdrängen. Die Erfüllung des Versprechens, das wir dieser Stadt gegenüber abgegeben haben, ist notwendig für die Moral und die Sicherheit Westdeutschlands, für die Einheit Westeuropas und für den Glauben der gesamten freien Welt.» Berlin sei der «große Prüfstein für den Mut und den Willen des Westens», hieß es zudem in der eindrucklichen großen Fernsehrede, die *Präsident Kennedy* am 25. Juli an das amerikanische Volk richtete (NZZ, 26. Juli, Nr. 2792). Zweieinhalb Wochen später, am 13. August, früh am Sonntagmorgen begannen ostdeutsche Polizei- und Militärkräfte den *Sowjetsektor* von Berlin zu besetzen und die *Sektorengrenze* gegen Westen abzusperren. Panzer fuhren auf, Betonpfähle wurden eingerammt und Stacheldrähte gezogen, Straßen aufgerissen und die Steine zu Wällen aufgeschichtet. Der Verkehr auf S-Bahn und U-Bahn wurde eingeschränkt, zum Teil unterbrochen, den rund 60000 Grenzgängern aus Ostberlin und den angrenzenden Randgebieten, die in Westberlin arbeiten, die weitere Beschäftigung jenseits der Sektorengrenze untersagt. In den Tagen darauf folgten neue Spaltungs- und Sperrmaßnahmen. An der Sektorengrenze werden Betonmauern errichtet und Scheinwerfer installiert, um die Flucht aus dem «Arbeiter- und Bauernparadies» Ulbrichts immer unmöglicher zu machen.

Bankrotterklärung oder Erfolg Ulbrichts?

Der Grund für den überraschenden Gewaltstreik Ulbrichts, mit dem Ostberlin und Ostzone gegen den Westen abgeriegelt werden und ein wichtiges Stück aus dem schon unterhöhlten Viermächtestatus Berlins herausgebrochen wird, ist leicht einzusehen: mit der verstärkten Bedrohung Westberlins

in den letzten Wochen war der *Flüchtlingsstrom* über die Sektorengrenze in einem Maße angestiegen, der für das ostdeutsche Regime nicht nur einen Prestigeverlust, sondern auch eine wachsende Schwächung des Wirtschaftspotentials darstellte. Die tägliche «*Abstimmung mit den Füßen*» vor der Weltöffentlichkeit war eine permanente Widerlegung der kommunistischen Propaganda. Dieser Andrang in Westberlin aber wäre gegen den Herbst hin, für den man eingreifende Maßnahmen des Ostens erwartete, noch stärker geworden. Darum schuf Ulbricht, unter Zustimmung Chruschtschews, ein *Fait accompli*, durch das gleich zum vornherein ein wichtiger Programmpunkt der kommunistischen Machthaber für ihre «Freie Stadt Westberlin» durch kalte Gewalt mit Soldaten und Panzern erfüllt wurde.

Mit dieser Beschleunigung im Terminkalender Moskaus hat das Regime Ulbricht indirekt seinen *Bankrott* eingestanden. Die dauernde Desavouierung durch die Flucht der eigenen Bürger veranlaßte sie zur Abriegelung der Sektorengrenze, zur Schließung der einzigen offenen Stelle im Eisernen Vorhang. Doch die westlichen Hinweise auf die Bankrotterklärung Ulbrichts dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß Pankow mit seinem widerrechtlichen Übergriff einen *Erfolg* errungen hat. Die letzte Lücke im Stacheldraht um die Sowjetzone ist geschlossen worden. Die sonntägliche Sperraktion wurde mit der brutalen Promptheit durchgeführt, die seit je Diktaturen auszeichnet. Vor allem aber mußte die *zögernde Haltung des Westens* die östlichen Machthaber mit Genugtuung erfüllen. Die Rede Kennedys, aus der wir anfangs zitierten, und andere Erklärungen westlicher Staatsmänner, hatten eine entschiedene Reaktion auf Gewaltakte versprochen. Doch die Noten, in denen gegen die Verletzung der Rechte protestiert und die Aufhebung der Sperr-

maßnahmen verlangt wird, ließen auf sich warten. Die Westalliierten erteilen weiterhin ostdeutschen Funktionären die Einreisebewilligung nach Westen, während der Stacheldraht dem Volk den Weg in die freie Welt versperrt. Von wirtschaftlichen Sanktionen wurde in Bonn abgeraten. *Bundeskanzler Adenauer* legte sich trotz der neugeschaffenen Lage im Wahlkampf keine Zügel an und griff seinen Gegenspieler, den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, in höchst unfairer Weise an.

Die Gefahr der «Salami-Taktik»

Angesichts des Rufs nach Taten statt nach Worten muß man sich freilich daran erinnern, daß der Osten am *längeren Hebelarm* sitzt und der Aktionsbereich des Westens sehr beschränkt ist (vgl. Theodor Eschenburg, *Das isolierte Berlin*, in: *Berlin in Vergangenheit und Gegenwart*, Tübingen 1961). In den westlichen Hauptstädten wurde darauf hingewiesen, daß durch die Sperraktion die Rechte der Westalliierten in Berlin nicht berührt seien; es handle sich gleichsam um eine interne «Flurbereinigung» des Ostblocks. Adenauer wies darauf hin, daß man sich erst im Stadium der «Vorkrise» befinde. Viele jener, die zur Zurückhaltung aufriefen — denken wir etwa an die Appeasement-Stimmen in der englischen Presse —, vergaßen allerdings, daß ein neuer tiefer Einbruch in den Viermächtestatus Berlins gelungen war, der Westberlin eine großes Stück der *bedrohlichen Isolierung* näherbringt. Mit der *Salami-Taktik*, die Scheibe um Scheibe die westlichen Rechte reduziert, lassen sich manche über die gefährliche Schwächung der westlichen Position hinwegtäuschen.

In den Tagen nach dem 13. August wurde deutlich, daß die westlichen Alliierten wohl die diplomatisch-politischen Aspekte der Berlinkrise, nicht aber die *psychologischen Auswirkungen* bedacht hatten. Westberlin aber ist, darauf hatte auch Kennedy hingewiesen, nicht irgendeine Stadt mit zwei Millionen Einwohnern, sondern hat für den Selbstbehauptungswillen der ganzen freien Welt einen *Symbolwert*, dem eine ausschließlich realpolitische Planung nicht ge-

recht wird. Durch die *Verstärkung der Berliner Garnisonen* und die Entsendung von Vizepräsident *Lyndon Johnson* — begleitet von *General Lucius Clay*, den die Berliner seit den Tagen der Blockade nicht vergessen haben — versuchte der Westen, Washington voran, die Enttäuschung über die westliche Haltung aufzufangen.

Im Rückblick lassen sich in den Ablauf der Ereignisse noch einige Tatsachen einfügen, die zeigen, wie Moskau seine Position im Berlinkonflikt propagandistisch stärkte. So wurden die Chefs der westlichen Militärmissionen in Potsdam ins sowjetische Hauptquartier in der DDR eingeladen, wo sie dem neuen Oberkommandierenden der Sowjettruppen in der DDR, *Marschall Konjew*, begegneten, der ihnen mitteilte, daß er vor 16 Jahren die Hauptstadt Deutschlands besiegt und besetzt habe und daß er jetzt wieder nach Deutschland zurückgekehrt sei. Auch der *Weltraumflug Major Titows* vom 6. August gehört in den Rahmen der östlichen Machtdemonstrationen: zum ersten Male hielt sich ein Mensch während mehr als eines Tages im Weltraum auf und umkreiste dabei 17mal die Erde — ein großer Erfolg im Wettbewerb der Rüstungen und der Weltraumeroberung. Genauer auf die Berlinkrise waren die *Botschaften Chruschtschews* an die Chefs der neutralistischen Staaten bezogen, in denen er ausführlich die Haltung Moskaus im Streit um Berlin darlegte. Auch die Moskaureise des italienischen Ministerpräsidenten *Fanfani* und seines Außenministers *Segni* auf Initiative Chruschtschews hin sollte der Unterstützung der sowjetischen Berlinpolitik dienen (vgl. *Relazioni Internazionali*, Mailand, 12. bis 19. August, Nr. 32—33).

Prekärer Waffenstillstand in Bizerta

Der prekäre Waffenstillstand zwischen französischen und tunesischen Truppen in Bizerta entspricht der von Explosivstoffen geschwängerten politischen Atmosphäre Nordafrikas. Die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Paris und Tunis scheiterten bisher an den Forderungen beider Seiten. De Gaulle will über eine Normalisierung der Lage verhandeln; Bourguiba dagegen

lehnt eine Herstellung des *Status quo ante* ab und will nur über den endgültigen Abzug der französischen Truppen Verhandlungen führen. Abgesandte des tunesischen Staatschefs haben im Ostblock und im neutralistischen Zwischenblock einen diplomatischen Feldzug geführt, um seinen Standpunkt zu stärken und auch die Sache Tunesiens in den Vereinten Nationen zu fördern. Von der *Sondertagung der UN* in New York verspricht sich Bourguiba eine internationale Unterstützung für die Forderung auf Evakuierung der französischen Flottenbasis von Bizerta. Trotz dieser internationalen Umwege scheint noch immer der Plan einer *bilateralen Beilegung* des Konflikts am wahrscheinlichsten.

Ein dunkles Kapitel tunesischer Gegenwartsgeschichte ist die *Ermordung Salah Ben Youssefs* in einem Frankfurter Hotel, wohin ihn unbekannte Meuchelmörder in die Falle gelockt hatten. Der frühere Generalsekretär des Neodestour und Rivale Bourguibas war 1955 aus der Partei ausgestoßen und zum Tode verurteilt worden. Vergangenen März führte er mit Bourguiba in der Schweiz ein Gespräch, das aber keine Verständigung brachte. Indem nun Bourguiba diesen Sommer vom prowestlichen auf einen prononciert *neutralistischen Kurs* einschwenkte, ergab sich eine *Annäherung an Nasser*. Der ägyptische Diktator wies den tunesischen Emigranten Salah Ben Youssef aus — ein Opfer der Verständigung zwischen Tunis und Kairo. Vielleicht wird eine spätere Zeit erfahren, in wessen Auftrag der einstige Gegenspieler Bourguibas ermordet wurde.

Volksfront in Kongo und Laos?

Das Fanal der Berliner Ereignisse darf uns nicht dazu verleiten, die weltpolitischen Zusammenhänge aus den Augen zu verlieren. Die Stabilisierung der sowjetischen Herrschaft in Europa ist nur ein Ausschnitt aus der Gesamtstrategie Moskaus, die sich in anderen Teilen der Welt der Subversion und Infiltration bedient. Im *Kongo* zeichnet sich nach einem Jahr der Unabhängigkeit voller Wirren und überraschender Wechselfälle eine Konsolidierung ab. Unter der Ägide der Vereinten Nationen, vor allem

Hammar skjölds Vertreter *Sture Linnér*, ist die Bildung einer Regierung *Cyrille Adoula* zustande gekommen. Der Präsident der Republik, Kasavubu, hat alle Fährnisse überstanden, während Tschombé mit seinem selbständigen Katanga isoliert zu werden droht. Die heikelste Aufgabe stellt sich der neuen Zentralregierung in der *Zusammenarbeit mit Antoine Gizenga*, dem Chef der Regierung in Stanleyville, der im Kabinett Adoula den Posten eines Vizeministerpräsidenten bekleidet. Der prokommunistische Gizenga, der die volle Unterstützung des Ostblocks genießt, beansprucht das *Verteidigungsministerium* für einen seiner Anhänger. Dadurch hofft er, eine Schlüsselposition in der Zentralregierung zu gewinnen; er könnte dann auch General Mobutu ausschalten, indem er den Kommandanten der Truppen der Ostprovinz, Lundula, an dessen Stelle setzen würde. Das Ringen um die Herrschaft im Kongo geht so im Schatten des Kalten Krieges weiter, obwohl die Zentralregierung in Léopoldville an Gewicht und Stabilität gewonnen hat.

Auch in *Laos* wartet man noch immer auf die Bildung einer Volksfront, und zwar unter dem Druck der außen- und innenpolitischen Verhältnisse des südostasiatischen Königreichs. *Souvanna Phouma*, der neutralistische Prinz und frühere Ministerpräsident, gilt als aussichtsreichster Kandidat einer solchen Regierung, in der auch die linksextremistische Partei des Neo Lao Haksat, unter Führung seines Halbbruders Prinz *Souphanouvong*, und die prowestlichen Kräfte unter Prinz *Boun Oum* und General *Phoumi Nosavan* vertreten sein sollten. Die Genfer Laoskonferenz bereitet ihre Neutralitätserklärung und das Protokoll über die Kontrolle des Waffenstillstands für diese zu bildende Regierung vor. Die *Gefahren einer Volksfrontregierung* sind allzu offensichtlich: die prokommunistischen und kommunistischen Streitkräfte, die bereits mehr als drei Viertel des Territoriums kontrollieren, könnten zusammen mit gleichgesinnten Politikern von innen heraus die Koalition in ein Satellitenregime Moskaus oder Pekings verwandeln.

Picus

BRIEF AUS WESTBERLIN

Im Morgengrauen des fatalen Sonntags, am 13. 8. 1961, hat sich die bisherige Rolle und Funktion der Westberliner Insel der politischen Freiheit, des Parlamentarismus und des auf dem Prinzip der freien Wirtschaft begründeten Wohlstandes inmitten des kommunistisch-totalitären Meeres Schlagartig verändert. Seit der Übernahme der 3 Sektoren im Westen, Süden und Norden der ehemaligen Reichshauptstadt im Sommer 1945, aber besonders nach der Konstituierung eines usurpatorischen, auf Befehl Moskaus errichteten ostdeutschen Diktatur-Systems war die funktionelle Mission Westberlins vierfacher Natur. Von hier aus strahlten die mannigfaltigen Ideen der westlichen pluralistischen Gesellschaft aus und bildeten damit ein gewaltiges Hindernis auf dem Wege zum Sieg einer einparteiischen Form des politischen Lebens. Zwar hatten die Kommunisten im Laufe von 15 Jahren die Verbreitung der freiheitlichen Anschauungen und Diskussionen aus Westberlin in den sowjetisch beherrschten Teil Ostberlins und Ostdeutschlands mit polizeilichen Maßnahmen versperrt. Sie haben damit die Viermächte-Bestimmungen des Kontrollrates schon verletzt, bevor sie in einem zweiten Stadium eine organisatorische und administrative Spaltungspolitik in Berlin begannen. Aber trotzdem gelangten von Westberlin Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Schallplatten, Tonbänder mit dem für das seelenlose Gebilde der sowjetdeutschen Macht gefährliche Produkte des selbständigen menschlichen Denkens in den Ostsektor Berlins und — wenn auch in geringerem Maße — in die ganze Sowjetzone Deutschlands. Seit der Annektion des Ostsektors und der Errichtung einer modernen chinesischen Mauer quer durch die Stadt ist dieses Zirkulieren der für das Ulbricht-Regime höchst bedrohlichen geistigen Kontexte praktisch unterbunden. Es bleibt nur der schwer sperrbare Weg durch den Äther, d. h. die westlichen Radiosendungen des amerikanischen Senders RIAS und der deutschen Rundfunkstationen SFB sowie der vom Westen her ausgestrahlten Pro-

gramme des Norddeutschen, des Westdeutschen, des Hessischen und des Bayrischen Rundfunks und auch des westdeutschen Fernsehens. Das letztere kann fast überall in der Sowjetzone — mit Ausnahme eines bisher unerreichbaren Streifens zwischen Dresden und Chemnitz (jetzt: Karl-Marx-Stadt) — empfangen werden.

Die zweite bisherige Funktion Westberlins bestand darin, daß die Einwohner Ostberlins und zum Teil auch der Sowjetzone an den Ideen-Gütern des Westens in der verschiedensten Art partizipieren konnten, ohne sich von der vertrauten Gegend, den Stätten der Erinnerung, des Berufes und von ihrem Hab und Gut trennen zu müssen, mit anderen Worten, sie konnten in ihrer Freizeit und mit einem relativ geringen Risiko nach Westberlin gehen und hier Theater, Aufführungen, Konzerte, Kunstausstellungen, Bücherstuben und Kulturinstitute der deutschen und ausländischen Stiftungen besuchen. Diese tägliche Berührung mit kulturellen Produkten der westlichen pluralistischen Gesellschaft war ein wichtiges Element der unentwegten Auseinandersetzung zwischen dem totalitären System und den von ihm betroffenen Untertanen. Die letzteren konnten immer wieder durch die Besuche in Westberlin solange Kraft schöpfen und auf diese Weise viel stärker als die vom Westen abgeschnittenen Schicksalsgenossen der anderen Satellitenstaaten — geschweige der Sowjetbürger — Widerstand gegen die nivellierende Einwirkung des Totalitarismus leisten. Auch dies wird durch die Ziehung von Stacheldrahtverhauen und ein prinzipielles Verbot des Betretens der Westberliner Insel in Zukunft wegfallen. Eine weitere Funktion Westberlins bis zum 13. 8. 1961 hing damit zusammen, daß die Existenz einer relativ ungehinderten Kommunikation zwischen West- und Ostberlin die kommunistischen Märchen von ihren angeblichen wirtschaftlichen und sozialen Leistungen ständig Lügen strafte.

Wenn jeder Ostberliner und Ostdeutsche sich in die S-Bahn oder U-Bahn setzen und

für 20 Pfg. Ost, d. h. für 4 Pfg. West, eine Fahrt in die andere Welt unternehmen konnte, um die Behauptungen der eigenen Propaganda mit der schwarzgemalten kapitalistischen Wirklichkeit zu vergleichen, waren die Bemühungen der Ulbricht-Leute um die Indoktrinierung der Untertanen im marxistisch-leninistischen Sinne auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiet vergeblich. Dieser Aspekt der unmittelbaren Vergleichbarkeit zwischen den Behauptungen der ostzonalen Machthaber über die eigenen Erfolge und die angeblichen Mißerfolge der anderen mit den nackten Tatsachen des eigenen Daseins und des Lebensstandards der anderen Welt ist durch den Willkürakt vom 13. 8. 1961 ebenfalls aus dem politischen Bereich der Nachkriegsentwicklung in Deutschland verbannt worden. Die Untertanen Ulbrichts werden fortan diese Vergleichsmöglichkeiten vermissen und werden sich nur an das bisher Erlebte und Gesehene und auf ihren Sinn für Realitäten stützen müssen.

Vom Standpunkt der elementaren Auffassungen über die Menschenrechte viel schlimmer ist das Resultat der Maßnahmen, das die bisherige Praxis der Freizügigkeit aufhebt. Alle obenerwähnten Merkmale der Rolle und Funktion der Westberliner Freiheitsinsel waren vom Standpunkt der kommunistischen Diktatur zwar erhebliche Hindernisse, die dem SED-Regime manchen Strich durch die Rechnung machten, aber das Schlimmste ergab sich für das verbrecherische System auf einem anderen Gebiet. Die Ostberliner und die Ostdeutschen hatten bisher, im Unterschied zu allen Ostblockstaaten, die *Möglichkeit*, aus dem verhaßten Staatsgebilde zu *flüchten*. Das Problem der Freizügigkeit ist nämlich bei den Kommunisten nach einer Machtergreifung die schwierigste Frage, die sie bisher überall nur mit Schließung der Grenzen, einem antiquierten Paß- und Visumszwang, Stacheldraht und hohen Gefängnisstrafen für das unerlaubte Verlassen des jeweiligen Staats-Territoriums zu lösen vermochten. Der Ulbricht-Staat bildete jahrelang in die-

ser Hinsicht eine Ausnahme, denn auch in den geteilten Ländern Asiens, wie Korea und Vietnam, gibt es keine solche völkerrechtlichen Konstruktionen, wie dies mit dem Viermächtestatus Berlins im geteilten Deutschland der Fall war. Dadurch erfolgte in Ostdeutschland seit vielen Jahren in allen prinzipiellen und nebensächlichen Fragen des menschlichen Lebens tagtäglich eine unentwegte Volksbefragung, die zwar von niemandem organisiert, sondern von jedem einzelnen selbst angestellt wurde und die praktisch ein *Plebiszit für oder gegen den Sozialismus einer Ulbrichtschen oder Chruschtschewschen Prägung* bedeutete. Im Laufe eines 15jährigen Plebiszits haben sich 4 Millionen Ostdeutsche *gegen* diesen Sozialismus ausgesprochen und haben den Weg über Westberlin in die Bundesrepublik gewählt. Nachdem Chruschtschew und Ulbricht durch die Schürung des Nervenkrieges die Menschen in der Zone in eine Panik gestürzt haben und bei ihnen die Furcht erregten, daß die Fluchtmöglichkeiten eines Tages verschwinden würden, hat sich die bisher relativ langsam verlaufende, oben skizzierte Volksbefragung individueller Art in eine kollektive Entscheidung verwandelt, die mit Tausenden von Flüchtlingen an jedem Tag die Ausmaße einer wirtschaftlichen Katastrophe und eines politischen und ideologischen Bankrotts des kommunistischen Systems in Ostdeutschland annahm.

Aus der Ohnmacht dieses Systems ist die Entscheidung vom 13. 8. entstanden, welche Westberlin seines bisherigen Charakters als Oase der Freizügigkeit und Schleuse für Menschenelend aus der Sowjetzone in geordnete und gesittete Verhältnisse einer Demokratie beraubte. Das ist die *erschütternde Bilanz des kommunistischen Willküraktes*. Angesichts der fortdauernden weltpolitischen Krise, sowie des östlichen Drucks und des westlichen Gegendrucks, ist es noch zu früh, einigermaßen mit Sicherheit voraussehen zu können, wie der Charakter und die Rolle Westberlins in Zukunft aussehen werden.

Alexander Korab

DEUTSCHER EVANGELISCHER KIRCHENTAG IN BERLIN

Unser Mitarbeiter Pfarrer Hans Bühler hat seit 1954 an allen evangelischen Kirchentagen in Deutschland teilgenommen und sie in unserer Zeitschrift besprochen. Die wiederholte Teilnahme ermöglichte es ihm jeweils, bedeutsame Unterschiede festzustellen.

Der nachfolgende Bericht ist vor der jetzigen Krise in Berlin abgefaßt worden. Infolge der brutalen Abschnürung Ostberlins hat der Text erhöhte Bedeutung. Die Redaktion

Vom 19.—23. Juli wurde in beiden Teilen Berlins der 10. Deutsche Evangelische Kirchentag durchgeführt, obschon die öffentlichen Veranstaltungen im Osten untersagt worden waren. Erstmals in der Geschichte des Kirchentags, welche 1949 mit dem Kirchentag in Hannover begann, war der Tagungsort umstritten. Schon vor 2 Jahren waren in der großen Schlußkundgebung des Münchner Kirchentags die Einladungen nach Dortmund, Hannover und Berlin erfolgt. Von Anfang an bestand das größte Interesse für Berlin, da diese Stadt die stärkste Möglichkeit für die Teilnahme der evangelischen Christen der DDR bot. Wo überall man vom kommenden Berliner Kirchentag sprach, herrschte große Freudigkeit. Nur bei der ostzonalen Behörde wurde diese Freude offenbar nicht geteilt.

Nach fast einjähriger Schweigezeit begann die Regierung der DDR mit ihren Schikanen. Um so überraschender war es, daß sie als neuen Tagungsort Leipzig anbot. Was steckte dahinter? Ein Leipziger Kirchentag hätte der DDR größere Kontrollmöglichkeiten gegeben. Verschiedene Prediger und Referenten, so die Bischöfe Dibelius und Lilje sowie Prof. Thielicke, hätten ausgebootet werden müssen. Selbst aus Westdeutschland wären nur sogenannte Delegationen nach «wohlwollender Prüfung» als Gäste zugelassen worden. Das heißt, der Kirchentag wäre als rein ostdeutsche Veranstaltung verstanden gewesen und das Spaltungsmanöver wäre gelungen. Wie die Kirche Deutschlands so ist aber auch der Kirchentag eine gesamtdeutsche Institution. Der Kirchentag gilt als die große Klammer zwischen Ost und West. Gerade diese Funktion hätte er in Leipzig nicht übernehmen können. So entschied sich das Präsidium — schweren Herzens zwar —, bei Berlin zu bleiben. Nach meiner Ansicht

hätte man Leipzig nur dann annehmen können, wenn der gesamtdeutsche Kirchentag für dieses Jahr zugunsten einer ähnlichen Veranstaltung anderen Namens (z. B. Christentag) der Christen der DDR auf eine Durchführung verzichtet hätte. Dann aber wäre die große Zahl von Westdeutschen, die sehr mit einem Kirchentag rechneten, wieder für 2 Jahre leer ausgegangen.

Die Entscheidung des Präsidiums wurde stark kritisiert. Der in beiden Teilen Deutschlands außerordentlich beliebte Berner Münsterpfarrer Lüthi sah von einer Mitwirkung ab. Kirchenpräsident Niemöller und Bischof Jaenicke führten zur Zeit des Kirchentags Sonderveranstaltungen durch, was von den Zeitungen der DDR entsprechend ausgeschlachtet wurde. Andererseits ließen sich die ebenfalls stark kritisierenden Professoren Fischer, Vogel und Gollwitzer wieder zur Mitarbeit gewinnen. Schmerzlicher war, daß eine ganze Reihe von Christen, die gerne teilgenommen hätten, unter den neuen Umständen, eingeschüchtert durch das Verbot der öffentlichen Veranstaltungen in Ostberlin, nicht zu kommen wagten. Betrüblich auch, daß selbst die Bischöfe, mit einer Ausnahme, den Gläubigen von einer Teilnahme abgeraten hatten und sich selbst daran hielten! Einige hundert Gemeindeglieder werden es gewesen sein, welche nach vergeblicher Reise und erfolgter Kontrolle wieder umkehren mußten; das sind jedenfalls mehr als damals auf der Fahrt nach Leipzig zum Kirchentag 1954.

Aber ist Pankow die Torpedierung des Kirchentags wirklich gelungen? Das Bild der überfüllten Kirchen — auch in Ostberlin — zeugte vom Gegenteil. Trotz der vorsichtigen Haltung der Bischöfe fanden sich rund 10 000 Dauerteilnehmer aus dem Osten ein. An der Schlußveranstaltung waren es an-

nähernd 35 000! Diese Zahl übertrifft weit diejenige vom Münchner Kirchentag vor 2 Jahren. Es hat sich damit erneut bewiesen, daß der Kirchentag gesamtdeutsche Prägung hat. Die Volkspolizei wagte nicht, die westdeutschen Kirchentagsteilnehmer, die an einem Gottesdienst in Ostberlin teilnehmen wollten, zurückzuschicken. Die Befürchtung, daß dies geschehen möchte, war naheliegend, nachdem verschiedenen Gliedern der Synode im vergangenen Februar der Einlaß verwehrt worden war.

Die notwendig gewordene Konzentration auf Bittgottesdienste in Ostberlin schlug kaum zu einem Nachteil aus. Verschiedene Gottesdienste mußten des Andranges wegen zwei- und dreifach geführt werden. Die Ausstellung kirchlicher Kunst in einem Sakralbau gewann dadurch nur an Eindringlichkeit.

Allerdings sind die Begleitgeräusche im Vergleich zum Berliner Kirchentag von 1951 bedeutend stärker geworden. Da und dort war ein deutlicher Kratzer vernehmbar. Die Ostregierung ist heftiger aufgetreten, der Kirchentag ist temperierter geworden. 1951 lautete die Losung: «Wir sind doch Brüder», dahinter steckte immerhin ein Programm im zweigeteilten Deutschland. Der Leipziger Kirchentag von 1954 hatte zur Losung gewählt: «Seid fröhlich in Hoffnung.» Das war ein positives Rechnen mit der Zukunft. Kaum gab es einen fröhlicheren Kirchentag als denjenigen von Leipzig, wo man singend durch die Straßen zog. Die diesjährige Losung hieß etwas vorsichtiger und trostvoller: «Ich bin bei euch.» Kirchenlieder habe ich in der U-Bahn nicht gehört. Die frühern Kirchentage im Bereich der Zone waren eine Spur bekennnisthafter.

Allerdings waren die äußeren Umstände in Leipzig schlechter. Der Regen tropfte durch das Tramwagendach, die Nahrung war nicht so vortrefflich und kein Hilton-Hotel hatte für Kirchentagsteilnehmer die Preise ganz gewaltig reduziert. Die Glocken der aufgerichteten Glockenstühle wurden nicht automatisch in Bewegung gesetzt, dafür zog gelegentlich sogar ein Volkspolizist am Glockenseil. In den Leipziger Schaufenstern waren da und dort Miniaturkirchenfahnen zu

sehen. In Ostberlin waren nicht einmal die Kirchen beflaggt. Dafür fand man in einer Buchhandlung am Alexanderplatz eine Schaufensterauslage mit einem Christuskreuz, nur war auf dem Querbalken zu lesen: «Atomkriegshetze des politischen Klerikalismus.» Die weiteren Titel führten von der «Diktatur der Adenauer-Clique» über den «klerikalen Volksbetrug» bis zum «Wegweiser des Atheismus». Als «nettes» Bild zum Kirchentag zeigte eine Ostzeitung, wie Pastoren ihre Schafe in den Pferch treiben, man denke an den Kirchentag. Darüber aber drohten die Atombomben. Während an den Pressekonferenzen des Kirchentags nicht einmal die Pressekarte gezeigt werden mußte, fanden die Mitarbeiter des Evangelischen Presstedienstes an der Tagung des «Nationalrates» in Ostberlin keinen Zutritt.

An Besonderheiten des Berliner Kirchentags ist die Arbeitsgruppe «Juden und Christen» zu erwähnen, die zu den bisherigen Arbeitsgruppen neu hinzukam. Zu den Problemen der antisemitischen Vergangenheit wurde eine klare Sprache geredet und auch nicht davor zurückgeschreckt, die Haltung des alternden Luthers in dieser Sache anzuprangern. Auch ein Rabbiner aus Düsseldorf wurde zur Mitwirkung herangezogen. «Christus ist auch im Saal des Eichmannprozesses», so wurde geäußert. «Ihr Deutschen, hätte Gott euch zuerst erwählt, so stünde Golgatha im Teutoburgerwald. Dann hättet ihr gerufen: Kreuzige ihn!» Hinter dem Podium, von dem die eindrucksvollen Referate gehalten wurden, waren symbolhaft Judenstein und Kirchentagskreuz vereint. So forderte die Arbeitsgruppe in einer öffentlichen Erklärung erneute Kontakte mit den Juden.

Zum Gedenken an den 20. Juli 1944 wurden verschiedene gottesdienstliche Feiern durchgeführt. Der Blutopfer des nationalsozialistischen Regimes wurde an der Hinrichtungsstätte in Berlin-Plötzensee gedacht. Auffallend war die große Zahl von Jugendlichen, die der Einladung gefolgt waren. Hier und auf dem jüdischen Friedhof wurde ein Kranz niedergelegt. Am Grab des Dichters Jochen Klepper fand eine ähnliche Feier statt.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag scheint sich je länger je mehr ein neues Selbst-

verständnis zu geben. Galt der Kirchentag früher als eine typische Laienbewegung, so hat sich dies gewandelt. Laien und Pfarrer werden nicht mehr auseinandergerissen, sie gehören beide zur gleichen Gemeinde. Der Kirchentag ist eine Gemeindebewegung. In dieser Richtung deutet auch eine kleine Abänderung, welche in letzter Minute noch an der Schlußveranstaltung vorgenommen worden war. In der Grußbotschaft eines Arztes der DDR wurde das ursprüngliche «Ich rede als Laie» geändert in: «Ich rede als Christ.» Diese Neuwertung scheint mir richtig zu sein, sonst müßte der Kirchentag streng genommen «Laientag» heißen. Am Familienabend der Jungen kam die neue Haltung unter dem Motto «1:1 für wen?» glänzend zum Ausdruck. Das Fußballspiel zwischen Laien und Theologen endete unentschieden.

Im außerordentlich reichen Kulturprogramm, das wie üblich zum Kirchentag gehörte, fiel das Kirchentagskabarett auf, das mit heiterer Schärfe die wunden Stellen der Kirche aufdeckte. Das Kirchentagskabarett existiert seit München. Vorher engagierte man

zum Beispiel das Düsseldorfer Kom(m)ödchen. Es scheint mir zu den guten Seiten des Kirchentags zu gehören, daß er in dieser Form den Weg zur Selbstkritik gefunden hat.

Als der Sekretär des Kirchentags nach dem Höhepunkt gefragt worden war, gab er zur Antwort, der Kirchentag sei ein Höhenweg. Dieser Höhenweg endete mit der Schlußkundgebung im Olympia-Stadion, wo noch einmal die Kirchentagslosung in der Sicht der sieben Arbeitsgruppen entfaltet wurde. Das Stadion war mit 100 000 Personen voll besetzt. Das große Oval gab den Eindruck einer riesigen Familie und gab erneut zum Ausdruck, daß Ost und West, Deutschland und die Ökumene zusammengehören. Frühere Kirchentage hatten an der Schlußveranstaltung mehr Menschen vereinigt. Dafür hatte man diesmal mehr das Gefühl, unter Brüdern zu sein. Unabsehbar ist das Heer derer, welche die Ereignisse an Radio und Fernsehen verfolgten. Die Kundgebung schloß mit dem einmütig gesungenen Gotteslob. Im Alltag werden sich die Früchte zeigen.

Hans Bübler

BERICHT AUS ITALIEN

Zentenarfeier Italiens

Auf ungezählten Plakaten in ganz Italien lädt Turin seit Monaten zum Besuche der großen Hundertjahrfeieraussstellung ein; zu Hunderttausenden strömen die Besucher aus allen Landesgegenden und aus dem Auslande in die Hauptstadt des Piemonts, die vor einem Jahrhundert das Zentrum des Risorgimento war, von dem aus mit Hilfe Frankreichs die historischen Ereignisse der Befreiung und Einigung Italiens erfolgte, jenes Landes, das ja noch am Wiener Kongreß Metternich lediglich als geographischen Begriff hatte gelten lassen wollen. Friedlich vereint zeigt eine Gedenkmünze die vier so verschiedenen und unter sich oft uneinigen Männer, denen das Hauptverdienst um das große Werk zukommt: König *Viktor Emanuel II.*,

sein großer Minister Graf *Cavour*, der Republikaner *Mazzini* und der unvergeßliche *Garibaldi*.

Es wäre zu wünschen, daß die vielen Besucher und vor allem die Politiker ihre Hauptaufmerksamkeit der «Mostra Storica» im Palazzo Carignano schenken würden. Möge ihnen jene historische Stätte innerliche Sammlung und patriotische Erhebung gewähren, wie uns Schweizern seinerzeit der unvergeßliche Saal mit den drei Kreuzen an der Zürcher Landesausstellung. Es liegt uns wahrlich jede Absicht helvetischer Schulmeisterei fern, in fremden Stuben Kritik zu üben, aber wir können nicht umhin, die Zeit des nationalen Aufbruchs von 1861 mit der heutigen politischen Lage Italiens zu vergleichen und dabei zu konstatieren, daß dieser Vergleich kaum zu Gunsten der

Jetztzeit ausfällt. Wir stehen mit unserer Ansicht nicht allein: vor Jahresfrist hat der hochangesehene Senatspräsident *Merzagora* vor seinen Ratskollegen eine Rede mit schonungsloser Kritik an vielen nationalen Übelständen gehalten, die — mutatis mutandis — auch in unserem Lande beherzigt zu werden verdiente.

Politische und soziale Risse

Das nun hundertjährige Zusammenleben unseres südlichen Nachbarvolkes hat trotz enormen Opfern der beiden Weltkriege kein alle Bevölkerungsschichten durchdringendes Staatsbewußtsein geschaffen. Eine große Zahl von Italienern denkt, lebt und empfindet in erster Linie in lokalem oder regionalem und erst in zweiter Linie in nationalem Rahmen. Einem sehr stark entwickelten Familien-, ja Sippenzusammenhang steht ein relativ schwach entwickeltes nationales Solidaritätsbewußtsein gegenüber. Die jahrhundertelange Aufteilung Italiens in souveräne Staaten wirkt heute noch stark nach. Nicht ohne Grund bekämpfen deshalb gerade die patriotisch fühlenden Kreise die von der Verfassung vorgesehene Schaffung von Regionen mit eigenen Parlamenten, weil die Erfahrung mit Sardinien und vor allem mit Sizilien eindeutig gezeigt hat, daß die Zentrifugalkraft die zentripetale, nationale Komponente zu neutralisieren droht. Der Norden steht dem Süden weitgehend mißtrauisch, ja ablehnend gegenüber, und der Süden fühlt sich vom Norden seit der Einigung vor einem Jahrhundert vernachlässigt, ja überspielt oder sogar ausgebeutet. Es ist wahrscheinlich, daß die großzügige Wirtschaftshilfe, welche das Land heute durch die «Cassa del Mezzogiorno» der südlichen Hälfte zukommen läßt, mit der Zeit eine Änderung der Einstellung bringen wird. Die tägliche Völkerwanderung von annähernd tausend Sizilianern, Kalabresen, Neapolitanern usw. nach den nördlichen Provinzen hat sie bis jetzt nicht hervorgerufen.

Nicht weniger bedenklich ist die soziale Trennung im ganzen Lande. Trotz bedeutender Verbesserung der sozialen Lage ist

der Graben zwischen den Gesellschaftsschichten nach wie vor vorhanden. Weitgehende Verständnislosigkeit der führenden Schichten für die Lage der andern Kreise überrascht immer wieder und erklärt die Nervosität, die vor jedem nationalen Urnengang große Teile des Bürgertums erfaßt.

Am schmerzlichsten aber ist die Tatsache, daß nahezu 40% der Stimmberechtigten in offenem Gegensatz zum demokratischen Staate stehen und ihn legal oder illegal zu Fall zu bringen wünschen. Gewiß erreichen die eigentlichen Kommunisten ja «bloß» ca. 25% der Wählerstimmen, aber die Linksozialisten unter Nenni können sich nicht von der kommunistischen Hypothek befreien. Bei allen Abstimmungen im Parlament, die eine klare Stellungnahme für oder gegen Freiheit und Demokratie erheischen, leisten Nenni und Konsorten den marxistischen Kremljüngern folgsam Sekundantendienste, sei es durch offene Unterstützung der sowjetinspirierten Linie Togliattis, sei es durch Flucht in einen unhaltbaren Neutralismus.

Fanfani interne Realpolitik

Es ist ein großes Verdienst des gegenwärtigen Ministerpräsidenten *Fanfani*, nach längerem Schwanken eingesehen zu haben, daß die sogenannte «apertura a sinistra», das heißt die Aufnahme der Nennisozialisten in eine demokratisch orientierte Regierungskoalition ein Ding der Unmöglichkeit ist. Auf Grund dieser Überzeugung stellte er vor Jahresfrist, als das mit den Neofaschisten flirtende Kabinett *Tambroni* infolge der Straßenkrawalle in Genua und Reggio zu Fall gekommen war, die Viererkoalition wieder her, mit welcher *Alcide De Gasperi* Italiens Wiederaufstieg nach dem Kriege erfolgreich in die Wege geleitet hatte. Obwohl Polemiken zwischen den Allianzpartnern (Christliche Demokraten, Rechtssozialisten, Republikaner und Liberale) nicht selten sind, hat die Koalition bis heute alle Fährnisse heil überstanden. Im bewährten Innenminister *Scelba* und dem versierten Außenminister *Segni* hat Fanfani Mitarbeiter von Format. Es ist anzunehmen, daß die

gegenwärtige Konstellation bis zur Neuwahl des Staatspräsidenten im kommenden Jahre dauern wird, zumal die letzten Administrativwahlen im Herbst und die vereinzelt Nachwahlen in verschiedenen Landesgegenden eine beachtliche Konstanz der Partienstärken gezeigt haben.

Neuwahl des Präsidenten der Republik

Ob sich *Giovanni Gronchi* erneut zur Wahl stellen wird, ist noch unsicher, aber wahrscheinlich. Seine Wahlchancen dürften allerdings nicht sehr groß sein. Vor allem ist nicht anzunehmen, daß ihn die Linke erneut auf den Präsidentensessel heben wird, wie es vor 7 Jahren als Störmanöver gegen den offiziellen christlich-demokratischen Kandidaten der Fall war. Im eigenen Parteilager hat Gronchi viele Sympathien durch seinen oft als selbstherrlich empfundenen Charakter verloren, der ihn häufig in offenen oder versteckten Gegensatz zu den Regierungen seiner Amtszeit brachte. Weite Auslandsreisen kennzeichnen seine Tätigkeit. Unvergessen bleibt in Italien der Affront, der ihm vor 1½ Jahren Chruschtschew in Moskau bereitete. Ein großer persönlicher Erfolg war seine Reise nach Peru und Argentinien, die sich günstig auf die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Italiens zu Südamerika auswirken wird.

Als Nachfolger Gronchis werden Senatspräsident Merzagora und Außenminister Segni am häufigsten genannt, doch liegt eine Überraschungswahl angesichts der politischen Labilität durchaus im Bereiche der Möglichkeit.

Während Italien längere Zeit nicht von sich reden machte, ist es in letzter Zeit in zweifacher Hinsicht wieder ins politische Rampenlicht gerückt: durch die Südtiroler Angelegenheit und durch die kürzliche Reise von Ministerpräsident Fanfani und Außenminister Segni nach Moskau.

Südtirol

Als wir angesichts der permanenten Bedrohung aus dem Osten vor einigen Jahren in dieser Zeitschrift auf den Anachronismus

der z. T. überspannten Südtirolerforderungen hinwies, folgte unserer Stellungnahme eine energische Replik aus Innsbruck¹. Wir sind die allerletzten, die gewissen «rivendicazioni» der Südtiroler die Berechtigung absprechen möchten. Ja wir sagen gerade jetzt, da durch die unglückliche Art und Weise, mit welcher Österreich die Frage bis anhin behandelte und die Südtiroler vor einem Scherbenhaufen stehen, daß ihre berechtigten und vernünftigen Forderungen erfüllt zu werden verdienen. Gewisse einsichtige Kreise Italiens gaben vor den Sprengstoffanschlägen zu, daß dem seinerzeitigen Abkommen zwischen *De Gasperi* und *Gruber* nicht in allen Teilen nachgelebt worden ist. Muß es aber die Innsbrucker Kreise um Oberhammer usw. nicht stutzig machen, daß gerade in der deutschschweizerischen Presse und Radio das anfängliche Verständnis für ihre Thesen durch die Terrorakte weitgehend verscherzt wurde? Italien wird sich durch Denkmal- und Gittermastensprengungen nicht in die Knie zwingen lassen. Der Fremdenzustrom ist trotz den Monumentalspruchbändern von Innsbruck bis zur Brennergrenze größer als je, nur weicht er natürlich den «gefährlichen» Südtiroler Kurorten aus, so daß sich die ganze Sprengstoffaktion als Bumerang erweist.

Es ist höchst bedauerlich, daß durch diese Attentatswelle gerade jene chauvinistischen Strömungen in Italien Auftrieb bekommen, die nun auf lange Zeit hinaus eine objektive Behandlung des ganzen Fragenkomplexes verunmöglichen werden. Wunden aus dem ersten und zweiten Weltkrieg, die vernarbt schienen, wurden wieder aufgerissen. Den Sprengstoffanschlägern und den hinter ihnen stehenden Kreisen geben wir folgendes zu bedenken: Die zahlreich in Italien lebenden Deutschschweizer, die ihrem herben Dialekt bis in die vierte und fünfte Generation treu bleiben und die ihre Kinder und Enkel in die zumeist in deutscher Sprache unterrichtenden Schweizer-

¹ Vgl. Heft 6/1957, Peregrinus, S. 513, und Heft 9/1957, Eduard Reut-Nicolussi, S. 799.

schulen schicken, zeigen einwandfrei, daß Italien – volle Loyalität vorausgesetzt – alles andere als intolerant gegen Anderssprachige ist. Möge man im Südtirol einsehen, daß die Beherrschung der italienischen Sprache und die Bereitschaft zur Aufnahme italienischer Kultur (die der Welt immerhin die Renaissance geschenkt hat) keine Selbstaufgabe ist, daß ihr Land zur Mittlerin zwischen dem germanischen und romanischen Kulturkreis prädestiniert ist.

Möge man aber auch in Italien einsehen, daß nicht jeder störrische, durch Propaganda falsch beeinflusste Südtiroler gleich ein gefährlicher Nationalsozialist und Pangermanist ist. Die zwanzigjährige forcierte Italianisierungspolitik unter Mussolini (sogar auf den Grabsteinen war damals der Gebrauch der deutschen Sprache verpönt) war ein arger Mißgriff, den es innerlich zu überwinden gilt. Möge man auch einsehen, daß die während des Krieges durchgeführte Volksabstimmung, die eine so große Mehrheit für den Auszug aus der Heimat ergab, die logische Reaktion auf die zwanzigjährige Drangsalierungsperiode unter dem Faschismus war und nicht der Ausdruck eines latenten Pangermanismus. Und möge vor allem das stille Wirken und offene Mahnen der Kirche (Italien und Österreich sind ja weitgehend katholisch) schließlich jene Atmosphäre schaffen, die ein leidenschaftsloses Diskutieren der vernünftigen Forderungen des Südtiroler Volkes ermöglichen wird. Der kürzlich veröffentlichte Hirtenbrief des Brixener Bischofs *Gargitter* ist ein gutes Omen. Auf die Schaffung eines eigentlichen Südtiroler Reservates, in dem die in der italienischen Verfassung verankerte Freizügigkeit keine Geltung mehr hätte, wird sich Italien nicht einlassen, von einer Grenzänderung ganz zu schweigen.

Moskaureise Fanfanis und Segnis

Durch die kürzliche Reise der beiden Staatsmänner nach Moskau hat sich Italien in den sich bedrohlich verschärfenden West-Ost-Konflikt eingeschaltet. «Umgefallen» sind die beiden Italiener in Moskau nicht und zu einer offenen Brückierung hat es Chrusch-

tschew diesmal nicht kommen lassen, wohl um seine Chancen in Italien nicht von vornherein zu verscherzen.

Fanfani soll dem Diktator sogar ins Gewissen geredet haben. Ob mit Erfolg, wird die Zukunft zeigen. Seither hat nun der Kremlgewaltige begonnen, seine Atombombendrohungen auch gegen Italien auszustößen, in der Hoffnung, dadurch die Italiener knieweich zu machen und sie aus dem Atlantikpakt hinauszumanövrieren. Es ist damit zu rechnen, daß in naher Zukunft die kommunistische Partei eine Großaktion gegen das weitere Verbleiben Italiens in der NATO mit massiven Hinweisen auf das Bombardierungsrisiko starten wird. Die Regierung wird es nicht leicht haben, die parlamentarische Mehrheit bei der Stange zu halten. Um sich die Chancen einer Beeinflussung des Bürgertums nicht a priori zu verderben, hat Rußland in der Südtirolerfrage strikte Neutralität bewahrt, und die «Unità» gebärdete sich während der akuten Phase der Krise beinahe so chauvinistisch wie die Neofaschisten.

Besuch der englischen Königin

Der im April erfolgte Besuch von Elisabeth II. und ihres Gemahls war ein Ereignis erster Klasse. Es gelang der jungen Königin nicht nur im Handumdrehen die noch aus der Faschistenzeit bestehende Animosität gegen England zu verdrängen, sondern sogar Sympathien für ihr Land in einem Ausmaße zu erwerben, wie man es nie für möglich gehalten hätte. Dieser Besuch hat bestimmt dazu beigetragen, daß man in Italien das englische Beitritts-gesuch zur EWG zwar mit einem leichten Lächeln des Triumphes, aber doch mit Zustimmung quittiert hat und es bestimmt unterstützen wird. Der gleichen Zustimmung von seiten Italiens kann die Schweiz sicher sein, wenn es zu einem Assoziationsgesuch an die EWG kommen sollte.

Wirtschaftliche Hochblüte

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß Italien nach Westdeutschland heute an 2. Stelle der europäischen Wirtschaftswun-

derländer steht. Wir heben infolgedessen nur einige wenige Tatsachen hervor. Ein- und Ausfahrten laufen auf Hochtouren, bei sich stark vergrößerndem Passivsaldo. Der Tourismus zeigt Rekordzahlen. Der fieberhafte Ausbau des Autostraßennetzes trägt der kommenden Entwicklung großzügig Rechnung. Das vor einem halben Jahr dem Verkehr übergebene Teilstück Bologna-Florenz über den Apennin der «Autostrada del Sole» von Mailand nach Neapel ist eine technische Großleistung, von der unsere Nationalstraßenplaner etwas lernen können.

Auch die Landwirtschaft sieht einem guten Jahre entgegen. Die Getreideernte ist bedeutend größer als die letztjährige. Der Früchteertrag ist sehr reichlich.

Die Arbeitslosenziffer ist innerhalb von zwei Jahren von beinahe 2 Millionen auf knapp 700000 gefallen, wovon ein Großteil arbeitsunfähig ist. Dienstmädchen werden rar wie Edelsteine und gewisse Handwerker muß man im Auto für Reparaturarbeiten abholen, wenn man sie in absehbarer Zeit haben will. Der Autobestand schnell sprunghaft in die Höhe.

Die allgemeine Hebung des Volkswohlstandes ist das schönste Geschenk der Jahrhundertfeier Italiens. Sie ist seiner Bevölkerung nach all den Jahren opferreicher Entbehrungen von Herzen zu gönnen.

Peregrinus

SCHWEIZERISCHE ZUKUNFTSAUFGABEN

Ferienkurs der Schweizerischen Staatsbürgerlichen Gesellschaft in Saas-Fee

Das Mahnwort möge auch hier stehen: «Die Stärke des überzeugten Kommunisten besteht in der Geschlossenheit seines Weltbildes, das zwar nach unserer festen Überzeugung falsch ist, dem er aber mit einer Treue und Folgerichtigkeit anhängt, die uns beschämen müssen, wenn wir seine Haltung mit der unsrigen vergleichen. Wir nennen uns wohl Christen, aber wie wenige praktizieren ein echtes Christentum der Tat! Wir behaupten, die Freiheit sei unser höchstes Gut; aber wie leicht kommen wir in Versuchung, sie der wirtschaftlichen Sicherheit oder einfach der Bequemlichkeit wegen stückweise wegzugeben. Und wir verurteilen den dialektischen Materialismus, ohne zu merken oder es merken zu wollen, daß wir auf dem besten Wege sind, Sklaven des Materiellen zu werden und dem Streben nach einem immer höheren Lebensstandard alles andere unterzuordnen.» So sprach der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu den rund 220 Teilnehmern am staatsbürgerlichen Ferienkurs im Wallis und damit zur Öffentlichkeit, ruhig, wohlüberlegt, mit jener schlichten Wärme, die den

neuen Chef des Politischen Departementes in Bern auszeichnet. Die Kursleitung, der man viel diplomatisches Geschick zusprechen darf, hatte es so eingerichtet, daß der Vortrag von *Bundespräsident Wahlen* über *Die Schweiz in der Welt* geistig und tatsächlich in der Mitte der überaus anregenden Kurswoche stand. Sachlich unterschied sich die bedeutende Rede — die erste Standortbestimmung nach dem Departementswechsel — nur unwesentlich von jener, die der verdiente scheidende Außenminister, Bundesrat Max Petitpierre, zuletzt an der Festversammlung der Neuen Helvetischen Gesellschaft im Bad Schinznach gehalten hatte. Aber sie ließ in ihrer mahnenden Deutlichkeit das sichtbar werden, was als nächste Zukunftsaufgabe zur Hauptsorge unserer Landesregierung geworden ist: die Einordnung der Schweiz in ein sich stärker zusammenschließendes Europa und ihre Stellung in der Welt. Die Kontinuität der Außenpolitik scheint gewahrt, aber die Veränderung der Umwelt zwingt zur Überprüfung ihrer Leitlinien. Bundespräsident Wahlen ging aus von den Vorstellungen, die sich eine leicht idealisierende, den Frieden herbei-

sehrende Welt von der Schweiz macht, dem Land, das für die Freiheit gekämpft, das Toleranz und Menschlichkeit geübt und Männer wie Niklaus von Flüe, Pater Girard, Pestalozzi und Dunant hervorgebracht hat. Das friedliche Zusammenleben ihrer verschiedenen Teile, die Rechtsstaatlichkeit, der Wille zum sozialen Verständnis könnten vorbildlich sein. Der große Goodwill, über den die Schweiz verfügt, beruht auf dem was ist: Zuverlässigkeit, Gewissenhaftigkeit und Qualität. Die zukünftige Stellung des Landes hängt aber nicht vom Vergangenen oder von programmatischen Erklärungen ab, sondern von unserer Haltung als Glied der freiheitlichen, christlichen, abendländischen Welt gegenüber der Hauptgefahrenquelle, dem geschlossenen System des Kommunismus, der an den Endsieg glaubt, während wir westliche Menschen zweifeln. «Unsere Weltauffassung ist dem dialektischen Materialismus turmhoch überlegen, aber nur, wenn sie gelebt wird.» Der Zusammenschluß, zu dem ein aggressiver Weltkommunismus die freien Staaten zwingt, könnte die Schweiz in den nächsten Jahren vor schicksalsschwere Entscheidungen stellen. Sie muß sich für die verschiedenen Möglichkeiten vorsehen, doch die Entscheidung liegt beim Volk, das sich mit den Problemen dieser Zeit auseinandersetzen sollte. Rat weiß unsere Geschichte. In diesem Zusammenhang würdigte der Bundespräsident die großen Verdienste von Bundesrat Max Petitpierre, der kurz nach dem Krieg die neue Formel unserer Außenpolitik fand, «Neutralité et solidarité», und der die Universalität der Außenpolitik verwirklichte. «Weder Bundesrat noch eidgenössische Räte, noch Volk und Stände beabsichtigen auch nur im entferntesten die Aufgabe der Neutralität oder die Dahingabe wesentlicher äußerer Souveränitätsrechte.» Aber — und jetzt kommt das Neue an der bundesrätlichen Stellungnahme: «Was die staatliche Souveränität betrifft, so ist ihre teilweise Aufgabe im Interesse des Ganzen, das heißt im Interesse einer europäischen Einigung eine Frage des Maßes, die nur an der Erhaltung unseres höchsten Gutes, der Unabhängigkeit, ihre Grenzen findet. Hier sind aus Gründen der Solidarität Konzessionen bis zu der oben ge-

nannten Grenze denkbar und angezeigt.» Voraussetzung einer Integrationspolitik sind für die Schweiz als rohstoffarmes Binnenland die Sicherstellung der Landesversorgung, und damit die Erhaltung ihrer Landwirtschaft, und ihr Interesse an der Welthandelspolitik. Reihenfolge und Rhythmus der Integration, die nicht vorzusehen sind, könnten uns zeitweilig in eine Isolierung hineinführen, doch wird es sich zeigen, ob wir uns dann noch durch Initiative und Traditionstreue auszeichnen. «Auf Grund unserer Erfahrungen sehen wir die so notwendige Einigung Europas viel sicherer und nachhaltiger durch organisches Wachstum erzielbar als durch kühne Konstruktion.» Diese Bemerkung des Bundespräsidenten war deutlich Richtung Godesberg gesprochen, wo sich zur gleichen Zeit die Regierungschefs der EWG-Staaten um ein Europa-Manifest bemühten, das dem zentralistischen Denken Präsident de Gaulles besser entsprach als den Bedürfnissen jener Staaten, die von unten her die Integration Europas fördern. Im Schlußteil seines Vortrags wandte sich Bundespräsident Wahlen den außereuropäischen Beziehungen der Schweiz zu. Die Pflicht zur Solidarität legt uns mehr denn je Leistungen an die Entwicklungsländer nahe, die in koordinierter Weise und zielstrebig zu vollbringen sind. Alle diese Probleme sind schwierig; wir müssen sie realistisch betrachten, ohne in lähmenden Pessimismus zu verfallen.

«Das können wir am besten tun, wenn wir das eigene Haus in Ordnung halten und die eigenen Herzen aus den alten Quellen tätigen Christentums, echter Menschlichkeit und staatsbürgerlichen Freiheits- und Verantwortungswillens stärken. Eine Schweizerische Eidgenossenschaft, die diesen Werten verpflichtet bleibt und in sich einig ist, wird nicht nur den inneren und äußeren Gefahren begegnen können, sondern willig und in der Lage sein, auch ihr Bestes für die Einigung Europas, für die Hilfe an die weniger begünstigten Völker und für den Frieden der Welt zu geben.»

Nach dieser großen Rede des Bundespräsidenten hatte es Dr. *Lorenz Stucki*, Chefre-

daktor der «Weltwoche» in Zürich, nicht leicht, am Schluß des Kurses nochmals über *Neutralität und Solidarität* zu sprechen. Er tat es als Vertreter der jüngeren Generation, bzw. ihres «europäischen» Flügels, geistvoll und kritisch, in historischen Dingen weniger kompetent als versiert in der Tagespolitik. So wollte er die Rolle eines unbequemen Interpellanten übernehmen, der sich gestattet, an die «herrschende» Generation auch «ketzerische» und «provokatorische» Fragen zu stellen. Bei Stucki wird die Neutralität von der ethisch begründeten Staatsmaxime zur taktischen Verhaltensregel und damit gegenwärtig noch empfehlenswert, für die Zukunft aber fragwürdig. In der Diskussionsstunde darüber befragt, ob die Schweiz jetzt auf die Neutralität verzichten solle, mußte der Referent eingestehen, daß er «in dieser Frage noch nicht klar sehe». Auf verschiedenen Gebieten stimmte seine Meinung mit jener des Bundespräsidenten überein, dessen lautere Klarheit, Überzeugungsstärke und Zukunftsglaube mehr Eindruck machten als die leicht gekünstelte Skepsis, mit der man den Beitrag der Schweiz zur europäischen Frage wohl nicht begleiten sollte. Als Aufforderung zur kritischen Auseinandersetzung mit den lebenswichtigen Problemen der heutigen Zeit hatte der an- und aufregende Vortrag Lorenz Stuckis seine Berechtigung. — Das weltpolitische Spannungsfeld, die unser Land als Schicksalsfrage berührende «Konfrontation zweier Weltbilder» war auch der Ausgangspunkt eines grundlegenden, aufrüttelnden Eingangsreferates von Oberst *H. A. Huber* (Frauenfeld) über die *Geistige Landesverteidigung*. Wer sich zu verteidigen hat, muß Zielsetzung und Taktik des angreifenden Gegners kennen. Der Kommunismus betrachtet sich im permanenten Kriegszustand mit der «kapitalistischen» Welt, selbst wenn der kommunistische Staatschef als taktisches Manöver Friedensschalmeien bläst. Die Auseinandersetzung wird dreifach geführt, im regionalen, nationalen und globalen Rahmen. Letztlich ist der Krieg mit der bürgerlichen Welt unvermeidlich, doch hat die Gefahr des allgemeinen Nuklearkrieges diesen Krieg bis zum äußersten verzögert. Inzwischen wird der revolutionäre Krieg intensi-

ver geführt, der sich in fünf Phasen abwickelt. Dem stur abrollenden Plan steht die freie Welt nicht machtlos gegenüber, wenn sie die geistige Abwehr organisiert. Oberst Huber legte nach der meisterhaften Strichskizze des kommunistischen Infiltrationskonzeptes ein wohl gelungenes Bild dessen vor, was es zu verteidigen gilt. Die Grundwerte der eigenen Welt sieht er im gottbezogenen Menschenbild, im christlichen Staat, in der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung, in der lebendigen Demokratie, im föderalistischen Gedanken, im Willen zur sozialen Gerechtigkeit. Große Gefahren erwachsen uns aus der Gleichgültigkeit der Bürger gegenüber Freiheit und Verantwortung, aus den Mängeln in Staat und Wirtschaft. Positiv ist der Kampf zu führen gegen die Vermassung, für die wahre Gemeinschaft in Familie und Gesellschaft, auch durch schonungslose Aufklärung über den Gegner, durch aktive Abwehr der subversiven Tätigkeit seines «Apparates». Oberst Huber gab zuletzt seiner lebhaften Überzeugung Ausdruck, daß der Kommunismus in seiner heutigen Form das Schicksal aller totalitären Systeme der Weltgeschichte erfahren wird, denn am Schluß siegt immer die Freiheit über die Macht, der Geist über die Materie, die Wahrheit des echten, tätigen Christentums über die Lügenhaftigkeit einer materialistischen Ersatzreligion.

*

In diese dominierende Reihe der außenpolitischen, den geistigen und aktuellen Standort der Schweiz suchenden Referate fügte sich das Quintett der übrigen Vorträge, die einzelne innenpolitische Aspekte unseres staatlichen Lebens darzulegen hatten. Die Auswahl war mehr persönlich als sachlich gerechtfertigt, sonst hätte in erster Linie der Strukturwandel in Staat und Wirtschaft und seine Folge für die Zukunft behandelt werden müssen, also zum Beispiel die Abwertung des kantonalen Föderalismus, der Schutz unserer demokratischen Institutionen gegenüber der Flut der modernen Massenbeeinflussungsmittel, die Mitarbeit von Parteien und Verbänden bei der politischen Wil-

lensbildung, die Landwirtschaft im Industriestaat, die Fragen der Automation, die Überfremdungsgefahr, die Landesplanung, der Schutz von Luft und Wasser usw. Was geboten wurde, war ohnehin genug. Nationalrat *Ernst Wüthrich*, der Präsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes in Bern, sprach gleichsam in Fortsetzung der Ausführungen Oberst Hubers über *Die soziale Schweiz*. Ruhig, vernünftig, maßvoll wog er die Möglichkeiten unserer Sozialpolitik ab, die doch von der Wirtschaft getragen werden muß. Er wünschte die gerechte Verteilung des Arbeitsertrages mit dem wirtschaftlich Tragbaren in Übereinstimmung zu bringen. Zur Unzufriedenheit besteht gar kein Grund; der Vergleich mit dem Ausland zeigt die gute Stellung der Schweiz in der Sozialpolitik. Das Bewußtsein dafür ist heute stärker geworden, die Vollbeschäftigung ist die beste Gewähr für den sozialen Fortschritt. Der Referent, der seine Feststellungen mit genauen Zahlen untermauern konnte, gab dem Gedanken der Versicherung gegenüber der Fürsorge, der privaten Lösung gegenüber der staatlichen deutlich den Vorzug. Er erkannte auch die menschliche Seite, wie sie im Aufstieg des Arbeitnehmers zur sozialen Partnerschaft, im gemeinsamen Suchen nach einer schweizerischen Lösung zum Vorschein kommt. Die Zukunftsaufgabe in der Sozialpolitik liegt in der Sicherung eines gerechten Leistungslohnes, in der Realisierung des Grundsatzes vom gleichen Lohn bei gleicher Leistung, in der Beseitigung kleiner Ungerechtigkeiten im sozialen Gefüge. Das bisherige Partnerverhältnis in der Wirtschaft, wie es sich seit dem Friedensabkommen von 1937 in der Maschinen- und Uhrenindustrie herausgebildet und bewährt hat, ist geeignet, den sozialen Frieden zu sichern. Momentan sind über 1600 Gesamtarbeitsverträge in Kraft. Gesetze sind nicht immer unnötig, nur sollen sie den weiten Rahmen für eine schweizerische Lösung bieten. Scharf wandte sich Nationalrat Wüthrich gegen die Tendenz, die Sozialpolitik zum Ziel politischer Machenschaften werden zu lassen. Die Arbeiterjugend sollte einen besseren Zugang zur höheren Ausbildung haben. Was unsere

schweizerische Sozialpolitik auszeichnet, ist die Vielfalt ihrer Erscheinungsformen, mit der Mischung eidgenössischer, kantonaler, kommunaler, genossenschaftlicher, betrieblicher, verbandlicher und karitativer Sozialmaßnahmen. — Waren auf sozialpolitischem Gebiet in den letzten Jahrzehnten wesentliche Änderungen zu verzeichnen, so konnte die Referentin, welche über *Die Schweizer Frau in Gegenwart und Zukunft* zu sprechen hatte, die Fortschritte erst wünschen. Frau Dr. *Gertrud Calame-Iklé* (Le Locle) übernahm die Aufgabe mit charmanter Beredtsamkeit und Intelligenz, indem sie sich nur ganz selten der wohlbekannten, glücklicherweise etwas abgewerteten Frauenstimmrechts-Terminologie bediente. Von ihrem Standort aus, den viele teilen, warf sie einen Blick zurück in die letzten Jahrhunderte. Sie sprach vom Gleichgewicht der früheren patriarchalischen Ordnung, das durch Aufklärung und Industrialisierung gestört worden sei. Bis zum 19. Jahrhundert sollen die Frauen unter der Vormundschaft des Mannes gelebt haben — was würden die Damen der deutschen Klassik und der Romantik dazu sagen! —, dann aber in eine geistige Emanzipationsbewegung getreten sein. Die wirtschaftliche Revolution habe den bisher geschlossenen Familienverband verkleinert und aufgelöst. Die Frau trat ins Erwerbsleben, ohne ihre Pflicht als Gattin und Mutter zu vernachlässigen. Heute sind 30 Prozent aller Berufstätigen Frauen, rund 10 Prozent der verheirateten Frauen erwerbstätig, doch nur 4 Prozent haben als verheiratete Frauen Kinder unter 18 Jahren zu betreuen. Dreifach muß künftig ein Mädchen ausgebildet werden: als Hausfrau, Mutter und im Beruf. Sollte nicht der Moment da sein, da die schweizerische Öffentlichkeit die letzten Vorurteile gegenüber dieser positiven Mitarbeit der Frau im wirtschaftlichen und politischen Leben beseitigen, der Frau dieselbe Stellung zubilligen sollte wie dem Mann? Haben die Frauen bereits in 87 Ländern politische Rechte erhalten, kann die Schweiz wohl nicht mehr gegen den Strom schwimmen. Die Einführung des Frauenstimmrechts in der Westschweiz sei reibungslos erfolgt, dem Volksentscheid vom 1. Februar 1959 komme in

der Schweiz nur aufschiebende Wirkung zu. Wesentlich sei jetzt die staatsbürgerliche Schulung der Frau, die Vorbereitung auf ihre kommende Aufgabe, in der Familie für den demokratischen und freiheitlichen Staat zu erziehen, zu dem sie Ja sagen und dessen Werte sie frohen Herzens hochhalten werde.

*

Zwei Referate waren bedeutenden Teilgebieten unseres wirtschaftlichen Lebens gewidmet, dem Bau der Nationalstraßen und dem Fremdenverkehr. Bekanntlich wird die größte bauliche Aufgabe unseres Bundesstaates mit Sorgfalt und Umsicht geplant. Dies bewies auch der von überlegener Warte aus gegebene Bericht von Dr. *Ruckli*, Direktor des Eidgenössischen Amtes für Straßen- und Flußbau in Bern, über den *Straßenbau als nationale Aufgabe*. Er hinterließ einen vorzüglichen Eindruck. Die Aufgabe wird von den Verantwortlichen im ganzen Zusammenhang der kulturellen und technischen Entwicklung gesehen, die Konzeption des ganzen Unternehmens überzeugt. Nachdem er ein abgerundetes Bild der Riesenaufgabe entworfen hatte, wandte sich Direktor Ruckli auch einzelnen Teilfragen zu, so den städtischen Expreß-Straßen und dem Problem des Alpen-Durchstichs. Besonders interessierte in einem Staatsbürgerkurs die Einordnung des Programms in unser demokratisches Gefüge. Der Bund ist zuständig im Nationalstraßenbau, aber er nimmt auch in dieser Sache gebührende Rücksicht auf die föderativen Kräfte. Die Schwierigkeiten liegen manchmal im schweizerischen Hang zur Perfektion, denn man möchte hierzulande erst beginnen, wenn vollkommen geplant ist. — Ein Gesichtspunkt des Nationalstraßenbaus konnte vermutlich aus Zeitmangel nicht berücksichtigt werden. Es war vom soziologischen, wirtschaftlichen, technischen und staatspolitischen Aspekt des Landesstraßenbaus die Rede, nicht aber vom ästhetisch-kulturellen. Wie wichtig diese Frage ist, wurde besonders im Vortrag von Dr. *Werner Kämpfen* deutlich, der als Direktor der Schweizerischen Verkehrszentrale in Zürich, als Oberwalliser und Schriftsteller über *Haupt-*

aufgaben von Tourismus und Verkehrswerbung sprach. Hinter seinen geistreichen, mit poetischem Schwung und wohltuender Ironie dargebrachten Ausführungen steckte mehr, als der Titel verhielt. Der Tourismus bringt 7 Prozent des schweizerischen Volkseinkommens ein, 6 Milliarden Schweizerfranken sind in den Fremdenverkehrsanlagen investiert. Immer neue Länder treten auf und werben um die Gäste. Nach amerikanischer Schätzung dürfte im Welttourismus die jährliche Zuwachsrate rund 10 Prozent betragen. Sie wird zunächst den neuen Gebieten zufallen, was die traditionellen Fremdenverkehrsländer zu größeren Anstrengungen führen muß. Die Schweiz, das klassische Reiseland, hat es nicht nötig, vorlaut aufzutreten. Wenn einmal die Nationalstraßen gebaut und die Saison-Hotels erneuert sind, werden ihre Leistungen an die frühere große Tradition anschließen und für sich sprechen. Ihre Propaganda muß wahr, typisch und humorvoll sein, eine Facts-Werbung. Dem Reisen in unserm Jahrhundert des Massen-Tourismus sollte ein tieferer Sinn zurückgegeben werden. Unser Land gibt jenen klugen Touristen, die vom Rasen zum Reisen zurückkehren, besondere Möglichkeiten des individuellen beschaulichen Genießens. So wird denn auch im kommenden Jahr, 250 Jahre nach der Geburt Jean-Jacques Rousseaus, in der schweizerischen Werbung das Stichwort «Retour à la nature» ausgegeben. Doch nützt alle Verkehrspropaganda nichts, wenn ihr nicht das lebhafteste Bemühen um die Erhaltung des Landschaftsbildes parallel geht. Das ist eine nationale Aufgabe, die leider nur wenigen bewußt ist. — Wir nennen den Vortrag über ein vielfach verkanntes und doch zentrales Gebiet zuletzt, weil er auch in Saas-Fee wieder eher am Rand des Interesses stand. An Stelle des erkrankten Professors J. R. von Salis sprach der Leiter des Auslandpressendienstes der Stiftung Pro Helvetia, Dr. *Carl Doka*, über *Kulturpolitik auf nationaler und internationaler Ebene*, in gediegener, umsichtiger, klarer Weise. Das Bild ist recht bunt, der schweizerische Versuch zur Kulturwahrung, -förderung und -werbung seit der Botschaft des Bundesrates vom 9. Dezember 1938 vielseitig. Die Konzeption

ist richtig: nach schweizerischer Auffassung darf die Kultur nicht staatlich gelenkt, sondern muß dem Einzelnen überlassen bleiben, der seine schöpferischen Kräfte in einer Atmosphäre persönlicher Freiheit besser entfalten kann. Die *Förderung* der Kultur ist aber Sache der öffentlichen Hand; sie gehört primär in die Aufgabenbereiche der Kantone. Mit dem Anwachsen der kulturellen Bedürfnisse tritt der Bund neben die ihre Kulturhoheit wahrenen Stände, er schafft eigene kulturelle Institutionen, denn «die Zuständigkeit der Kantone schließt die Auch-Zuständigkeit des Bundes nicht aus». Die vom Bund errichtete Stiftung Pro Helvetia will jedoch kein staatliches Organ sein, sie ist autonom und wendet die Mittel des Bundes nach dem Grad des Verantwortungsbeußtseins der einzelnen Mitglieder an. Dennoch schiebt sich der Bund immer wieder selber ein, zum Beispiel mit der Subvention zur Wahrung der sprachlichen Eigenart in den italienischen Gebieten. So entsteht unser Durcheinander: die Kantone, die in den Verfassungen keine gesetzliche Grundlage ihrer Kulturpolitik haben, handeln meist ungeregelt und zufällig, und der Bund greift indirekt, durch die Stiftung Pro Helvetia, und direkt ins kulturelle Leben ein, so mit der Kunstförderung oder mit der Hilfe an Schulen, wie das Institut des Hautes Etudes in Genf oder die EPUL in Lausanne. Nötig wird eine Reform des Stipendienwesens; für die Zukunft stellt sich die Frage einer direkten Bundeshilfe an die kantonalen Universitäten und an die Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses. Da dürfte endlich eine Planung und Koordination unerläßlich werden. Eine aktive Kulturpolitik auf den drei Stufen, in Bund, Kanton und Gemeinde, bedeutet zugleich ein Stück

geistiger Landesverteidigung. Die Schweiz muß auch im Ausland präsent sein, doch lehnt sie Kulturabkommen mit andern Staaten ab, weil die Kultur keine Angelegenheit staatlicher Vereinbarungen sein kann. So ist im Inland die Förderung des kulturellen Lebens auf allen Teilgebieten und im Ausland die Werbung für die kulturelle Eigenart der Schweiz eine dringliche Zukunftsaufgabe der Schweiz. Der Berichterstatter bedauert nur, daß viele Verantwortliche diesen Aspekt der geistigen Selbstbehauptung unseres Landes nicht erkennen wollen und daß die Kulturwahrung mit zersplitterten Kräften und in Formen erfolgen muß, die mit den Gegebenheiten im heutigen Europa kaum mehr übereinstimmen.

Der Ferienkurs der Schweizerischen Staatsbürgerlichen Gesellschaft in Saas-Fee 1961 war ein Erfolg. Er gab den Teilnehmern — manche mußten aus Platzgründen zurückgewiesen werden — reiche Anregung, viel Diskussionsstoff und willkommene Gelegenheit zum freundschaftlichen Gespräch. Das Programm wurde bereichert durch Lichtbilder-Vorträge von Kaplan Lehner und Frau Tita von Oetinger über Saas-Fee und die Walser, durch gemeinsame Ausflüge und eine Besichtigung des neuen, großen Kraftwerkbaues Mattmark. Am guten Gelingen der Kurswoche hatte der überlegen und gewandt präsidierende Kursleiter, Stadtpräsident *Paul Kopp* in Luzern, entscheidenden Anteil. Einzig Petrus machte nicht mit: er bescherte den sonnenhungrigen Tiefländern eine Reihe kühler Hochgebirgstage, die aber durch die Herzlichkeit der Kursatmosphäre mehr als korrigiert wurden.

Albert Schoop